

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreise:**  
 Vierteljährlich 6,00 M., monatlich 1,50 M.,  
 frei ins Haus, wenn abh. d. Post.  
 Nummer 10. Dienst. Vertheilung:  
 monatlich, vom Postamt abgeholt  
 1,50 M., vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1,75 M. (Lohn des Briefträgers  
 25 C.).  
 Einzelhefte 4 C. für das Viertel, 1,50 M.  
 1,50 M. monatlich. Bestellungen sind  
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 M.  
 Bestellungen nehmen an: Th. Mann,  
 Berlin, Unter den Eichen 17, 18, 19, 20,  
 und die Buchhändler, die den Namen  
 der Verlagsanstalt führen.  
 Verleger: Th. Mann.

**Einzelhefte:**  
 Die Heftgebühren sind: 1. für die  
 10 Hefte, 1,50 M., 2. für die  
 20 Hefte, 3,00 M., 3. für die  
 30 Hefte, 4,50 M., 4. für die  
 40 Hefte, 6,00 M., 5. für die  
 50 Hefte, 7,50 M., 6. für die  
 60 Hefte, 9,00 M., 7. für die  
 70 Hefte, 10,50 M., 8. für die  
 80 Hefte, 12,00 M., 9. für die  
 90 Hefte, 13,50 M., 10. für die  
 100 Hefte, 15,00 M.

Verleger: Th. Mann.  
 „Sozialdemokratisches Verlags-  
 haus“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Montag, den 18. November 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Friedensverhandlungen Ende November.

Über die Inangriffnahme der Friedensfrage liegen uns eine Reihe Depeschen vor. Danach wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dazu wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgestellt werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen müssen gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

## Neue Note Lansing's.

Um die Bedingungen des Waffenstillstandes.  
 Haag, 17. November. Holländisch Neuweltblatt meldet aus Washington: Lansing hat den Schweizerischen Gesandten folgende Note an die deutsche Regierung übermitteln zu lassen:  
 Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die verschiedenen Noten, die die deutsche Regierung an die amerikanische Regierung gerichtet hat und die bezeugen, gewisse Bedingungen in dem Waffenstillstandsvertrag zwischen der Entente und Deutschland zu mildern, nicht erhalten. Diese Mittelungen sind sofort an die assoziierten Regierungen und den Obersten Kommando in Versailles mitgeteilt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten benutzt diese Gelegenheit, Deutschland darauf hinzuweisen, daß Mittelungen dieses Charakters, die auf die Waffenstillstandsbedingungen oder auf Angelegenheiten, die alle assoziierten Regierungen betreffen, Bezug haben, nicht nur an den Präsidenten oder an die Regierung der Vereinigten Staaten, sondern an alle assoziierten Regierungen zu richten sind. Weiter weist die Regierung der Vereinigten Staaten darauf hin, daß derartige Mittelungen auf dem üblichen Wege und nicht als drahtlose Meldungen zu vermitteln sind.

## Die Lebensmittelhilfe der Alliierten.

Haag, 17. November. (Holländisch Neuweltblatt.) Reuter meldet: Die Politik der Alliierten bezüglich der Lebensmittelversorgung von Oesterreich und Deutschland beruht auf dem Prinzip, daß 1. die Bedürfnisse der Alliierten selbst, 2. die der Neutralen und 3. die der gegenwärtigen Feinde berücksichtigt werden müssen. Die Alliierten können sich nicht entschließen, etwas zu tun, ehe sie nicht die deutschen und österreichischen Fahrzeuge haben. Danach werden sie Schritte unternehmen zur Wiederherstellung der Bedürfnisse der feindlichen Länder und feststellen, wie groß der Ueberschuß ist, der für Deutschland und Oesterreich reserviert werden kann.

## Wiederbeginn des freien Handels mit Holland.

Haag, 17. November. Amlich wird mitgeteilt: Das Ministerium des Aeußeren hat von der deutschen Gesandtschaft folgende Mitteilung erhalten: 1. Die deutsche Sperrelinie ist aufgehoben; 2. für den Bezug von Waren aus Deutschland ist keine Verpflichtungserklärung mehr notwendig. Dies gilt auch für die Durchfuhr durch Deutschland; 3. die bisherigen Verpflichtungserklärungen treten außer Kraft. Die geleisteten Garantien werden zurückgegeben; 4. die von der deutschen Industrie für den Bezug und für die Verteilung von Waren aus Deutschland erteilten Bureauvisen sehen ihre Arbeiten im Einklang mit den entsprechenden niederländischen Körperchaften fort; 5. Privatabkommen holländischer Abnehmer mit deutschen Lieferanten oder deren Vertretern werden durch das Obenstehende nicht berührt.

Wir hoffen, daß dieser erste Schritt zur Wiederherstellung des freien Handels mit Holland nicht eine einseitige Maßnahme bleibt, sondern daß die holländische Regierung bald durch einen entsprechenden Schritt die wechselseitige Freiheit des deutsch-holländischen Handels ermöglicht.

## Schritt für Schritt!

### Eigener Landtag und eigenes Ministerium für Deutsch-Polen.

Die Polen im östlichen Deutschland organisieren in aller Eile ihre Ablösung vom Reiche. Schritt für Schritt gehen sie ihrem Ziel entgegen. Sie wollen offenbar die gegenwärtige Zwangslage Deutschlands benutzen, für die kommenden Friedensverhandlungen die Trennung Polens vom Reiche als fertige Tatsache hinstellen.

Posen, 17. November. (Zemlon.) Das Oberste Selbstkomitee, mit Poranki, dem Redakteur Poljinski und dem Pfarrer Adamski an der Spitze, hat einen Aufruf an das polnische

## Aufbruch an die Soldaten!

**Soldaten!**  
 Zuchtlosigkeit und Uneinigkeit sind die größte Gefahr für unsere junge Republik!  
 Kameraden! Mit Eurer Hilfe wurde an Stelle des alten Regimes die neue Ordnung des Volksstaates ins Leben gerufen. Laßt diese Errungenschaft nicht niederreten! Die Demobilisierung hat begonnen! Bildet aus Euren Reihen eine **Republikanische Soldatenwehr**, die Ordnung, Freiheit und Ruhe aufrechterhält. Eure Soldatenräte haben Listen aufgelegt, in die sich alle einzeichnen können, welche sich dieser hohen und dringend notwendigen Aufgabe widmen wollen, doch müßt Ihr Euch für längere Zeit verpflichten.  
 Ihr erhaltet ausreichende **Wohnung und Verpflegung**.  
 Haltet voran Ihr **Seiner Kameraden**. Laßt Eure Vaterstadt nicht der Plünderung und dem Bruderkrieg anheimfallen, Ihr müßt an erster Stelle in diese Wehr eintreten.  
 Berlin, den 17. November 1918.  
 Der Kommandant von Berlin.  
 Otto Weid.

Soll aller von Polen bewohnten Gebiete in Deutschland erteilen, unverzüglich die Wahlen zu einem polnischen Landtag, mit dem sich in Polen, vorzubereiten. Der Landtag soll endgültige Befehle über die Zuständigkeit der östlichen Provinzen fassen und eine Volksabstimmung vorbereiten. In den Wahlen sollen sich Frauen und Männer von 20 Jahren ab beteiligen. Die Wahlen sollen bis zum 1. Dezember beendet sein.

Posen, 17. November. Aus Posen wird gemeldet, daß das dort neugegründete Oberste Volkskomitee beschlossen hat, auf eigene Faust nicht zu unternehmen, um die polnischen Gebiete Deutschlands gewaltlos (!) abzutrennen. Die Entscheidung soll erst auf dem Friedenskongress fallen.

## Die Rückkehr der deutschen Arme.

Baden, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruh teilt mit: Die Rückkehr der Armee vollzieht sich bisher in vollster Ruhe und Ordnung.  
 Dagegen scheint in Baden und Württemberg es nicht gelungen zu sein, die Ordnung des Rückzuges zu sichern. Die Verpflegung der Truppen klappt nicht und die Soldaten helfen sich, wo sie Lebensmittel finden. Unter den Bauern soll erbitterte Stimmung herrschen. Da der behördliche Schutz versagt, greifen die Bauern zur Selbsthilfe. In den Städten, die überfüllt, soll die Lage ebenfalls sehr mitleidig sein.

## Quertreibereien in Deutschösterreich.

Wien, 16. November. (Fig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Während sich das neue Staatswesen allmählich einleibt und konsolidiert, kommen Schwierigkeiten zum Vorschein, die für die neue Entwicklung störend wirken müssen. Die Christlichsozialen, die befanntlich sich in der Nationalversammlung für die Republik Deutsch-Österreich ausgesprochen hatten, beginnen jetzt eine, vorläufig noch schwächere Kampagne gegen die Republik, wobei ihr Hauptargument ist, daß die Nationalversammlung für diese Entscheidung zuständig gewesen sei. Andererseits lassen die tiroler Bürgerlichen — Christlichsoziale und Nationale — heftige Zeitungsartikel gegen Wien los, in denen sie der Wiener Nationalversammlung das Recht bestreiten, für ganz Deutsch-Österreich zu sprechen und Tirol ohne die besondere Zustimmung der Tiroler Bevölkerung für sich in Anspruch zu nehmen. Diese partikularistische Strömung will angeblich begünstigen, die südtiroler Deutschen dem deutschen Volke zu erhalten. Und das könnte auf der Friedenskonferenz nur mit Hilfe eines selbständigen Tirols erreicht werden. Es ist bezeichnend für das mangelnde Nationalgefühl des deutschen Bürgertums, daß sie die gemeinsame deutsche Sache schon in der ersten Stunde verraten. Natürlich läßt sich über die Tiroler Selbständigkeit wie über die monarchische Sehnsucht der Christlichsozialen zurzeit gar nicht ernsthaft diskutieren.

## Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Von Philipp Scheidemann.

Es ist keine Frage, daß gewisse Elemente immer noch von der Nationalversammlung eine Rückwärts-Revidierung der Errungenschaften der Revolution erhoffen und darum die Forderung nach ihr mit besonderem Nachdruck erheben. Wie sie auf den selbstamen Gedanken kommen, ein Volk könne nach den Ergebnissen der letzten Wochen je wieder das aufzurichten wünschen, was sich dem Ansturm einiger weniger Stunden gegenüber als vermorcht und hallig erwiesen hat, ist kaum zu verstehen. Die vernünftigeren Elemente des Bürgertums haben sich denn auch in überwiegender Mehrzahl auf den Boden des Vorgesagten gestellt und suchen selbst nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten.

Man geht überhaupt fehl in der Annahme, die Nationalversammlung habe zum größten Teil die Aufgabe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Revolutionen tragen ihr Recht und ihre Notwendigkeit in sich und haben es nicht nötig, sich erst beglaubigen zu lassen. Aber die Nationalversammlung wird die andere und nicht geringere Aufgabe haben, innerhalb des ungeschaffenen Grundrisses das Haus aufzubauen, auszugestalten und unter zu stellen. Sie muß die neue deutsche Republik nach außen hin verhandlungsfähig, und nach innen, nach der wirtschaftlichen Seite hin, geschäftsfähig machen.

Es ist zu hoffen, daß schon die allernächsten Wochen den Präliminarfrieden bringen werden, der ebenso wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgültigen Frieden aber, der zugleich die Neuordnung unserer Geschäftsbeziehungen zu unseren bisherigen Neanern und unsere Wiedereinrichtung im Weltverkehr und Welt-handel, also konsolidierte Verhältnisse bringen soll, wird die Entente nur mit einem konsolidierten Deutschland abschließen. Das haben alle ihre Wortführer oft und dringend genug erklärt und diese Erklärung ist nur eine Folgerung aus ihrer ebenso häufigen Drohung, ein terroristisch beherrschtes Deutschland mit Waffengewalt besetzen zu wollen. Die Nationalversammlung hat also vor allem die Aufgabe, den Volkswillen zu sichern und in dauernden Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen, um dadurch der Entente jeden Vorwand zur Verzögerung des bitter notwendigen endgültigen Friedens zu nehmen.

Nach innen ist ihre Berufung, alle die diesen Stimmen zum Schweigen zu bringen, die in der heutigen Beherrschungsform Deutschlands nichts Entgültiges sehen und die Forderungen der Demokratie nach der Entscheidung durch den Mehrheitswillen erheben. Man soll dieses Verlangen, das bis weit in die Arbeiterkreise hinein ernsthaft demokratische Wünsche beherrscht, nicht unterdrücken; es ist weniger die Ausfaltung des Bürgertums (die, wie ein Bild auf die Befehle der Regierungsposten lehrt, eigentlich gar nicht vorhanden ist), welche Unzufriedenheit und Unsicherheit erweckt, als die Abwesenheit jeglicher Volksvertretung im Geiste der gesetzgebenden und regierenden Mächte, an deren Spitze die Volksbeauftragten stehen. Dem Reichstag weint niemand eine Krone nach, und die wehmüßige Anfrage des einstigen Reichspräsidenten an die heutige Regierung, ob er wohl seiner Pflicht geborden und das Parlament einberufen soll, ist nur eine Parallelerklärung zu dem Verhalten der bürgerlichen Parteien in kaiserlicher Zeit, wo sie ebenso eifrig nach ministeriellen Winken haschten. Aber ein Parlament wollen alle, ob sie etwas mehr oder weniger links stehen, und die Nationalversammlung erkennen sie als den erst endgültigen, freien und kraftvollen Ausdruck der deutschen Republik.

Die Nationalversammlung muß aber schließlich, und nicht zum unwichtigsten Teil, den materiellen Bedürfnissen des neuen Deutschland Rechnung tragen, denn seit der Auflösung des Reichstages und dem Verschwinden des Bundesrates als Teil einer gesetzgebenden Körperchaft gibt es keine Instanz, die neue Kredite bewilligen kann, das Reich bedarf aber der finanziellen Sicherstellung dringend, wenn nicht unabsehbarer Schäden heraufbeschworen werden soll. Es muß also unbedingt ein gleichmächtiger und den inner- und außerdeutschen Gläubigern gegenüber rechtsgültiger Weg zu neuer Geldbeschaffung gefunden werden, und der kann nur über die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung führen.

Man darf nicht glauben, daß die Nationalversammlung ein Heilmittel gegen alle inneren Schäden sei. Sie kann nur gewählt werden in einem Volk, das aus sich heraus die Geschäftsmäßigkeit seiner Zustände bis zu ihrem Zusammentritt hochgehalten und der Anarchie nicht erlaubt hat, die notwen-



Diese Grundlage einer Schicksalsgemeinschaft zu zerstören. Aber auf der Grundlage solcher Selbstdisziplin wird sie einen verhältnismäßig günstigen Abschluss mit unseren Feinden ermöglichen, die neue Staatsform im Inneren ausbauen und vor allem die Finanzwirtschaft, diesen schlimmsten Kriegsvorbereitungen einer schuldbeladenen Vergangenheit, erst wieder richtig ins Leben rufen.

Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedeihen ohne Nationalversammlung: Das muß die Parole für die Reichsleitung sein.

Für die sozialdemokratische Partei aber gilt es, zu einem Wahlkampf zu rufen, wie es seinesgleichen noch keinen gegeben hat. Mehr Wochen sind eine kurze Zeit, da darf keine Stunde verloren werden. Eine Entscheidung wird fallen, die wahrlich nicht geringere geschichtliche Bedeutung besitzt als die Entscheidungen des Schlachtfeldes. Alles, was in unserer Partei an Opfermut und Kampflust lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen angespannt werden bis auf das Letzte, damit der Sieg unser bleibt!

## Eine Unterredung mit Ebert.

Genosse Ebert gewährte dem Herausgeber der „Amerikanischen Correspondenz“ William Vorsohl eine Unterredung, in der er u. a. sagte: Man wird in Amerika und überall mehr durch unsere Handlungen, als durch meine Worte erkennen, daß wir die ernst begonnene Arbeit ernst und energisch fortsetzen wollen. Das deutsche Volk, soweit es nicht demokratisch ist, wird es nach und nach werden. Wir sind ein langsam denkendes Volk. Was jagungen über Nacht geschah, ist das Resultat von systematischem, jahrelangen Denken und Arbeiten. Wir werden an dem Aufbau einer Weltordnung mitarbeiten, in welcher die Wohlstand produzierende Klasse nicht eine enterbte Klasse sein soll. Um unser politisches Programm und die Demokratie in Deutschland durchführen zu können, ist die Frage der Volksernährung das Fundament eines jeden staatlichen Lebens, eine unbedingte Voraussetzung des Weiterbestehens der deutschen Volkrepublik. Wir haben es deshalb mit Freuden empfunden, wie sehr der Präsident der Vereinigten Staaten diese Voraussetzung durch das Versprechen einer lakräftigen Hilfe anerkannt hat.

## Die letzte deutsche Kolonialtruppe.

Kapitulation in Ostafrika.

Amsterdam, 17. November. (Reuter.) Die deutsche Streitmacht unter General von Lettow-Vorbeck hat sich am Morgen des 14. November am Sambesijluß südlich von Kasema (Nord-Rhodesia) ergeben.

Vor einigen Tagen verlautete, daß diese letzte deutsche Kolonialtruppe noch etwa 1000 Eingeborene mit vielen Maschinengewehren zähle.

## Die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

Grundsätze.

Der Ausschuss der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelformen der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden im Einverständnis mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundsätzen zu erfolgen:

1. Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt wie bisher durch die Militärbehörde.

2. Bei der Entlassung ist den zu Entlassenden Verpflegung für 3 Tage mitzugeben.

3. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelformen ihres neuen Wohnortes aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Militärbehörden auf Grund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenspeisungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegung auf diesen.

Auf der Entlassungsbescheinigung (Goldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelformen ihrer Wohngebiete aufgenommen sein.

4. Personen, die eine Entlassungsbescheinigung

nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen; befindet sich eine solche nicht am Orte, so sind ihnen die zur Beschaffung der Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für ein bis zwei Tage zu geben oder es ist ihnen durch Zuweisung zu Massenspeisungen usw. für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf schnellstem Wege bei der nächsten militärischen Meldestelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweise für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber anzuhändigen, wann, wo und für wie lange ihnen Verpflegungsausweise oder Verpflegung gegeben sind.

5. Eine Verpflegung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt.

6. Den Kommunalverbänden wird auf Antrag für die durch diese Bestimmungen herbeigeführte Mehrbelastung Ertrag gewährt werden. Anträge auf Ertrag sind bei der für die Lieferung in Betracht kommenden Provinzial-, Landes- oder Reichsstelle unter Angabe der verpflegten Personen und der Verpflegungstage zu stellen.

## Vergütungen für Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte.

En alle Staats- und Kommunalbehörden.

1. Die Kosten, welche durch eine angemessene Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte für ihre Wahrnehmung entstehen, sind von derjenigen Stelle zu tragen, bei welcher der Rat seine Tätigkeit ausübt. Danach sind sie bei den Staatsbehörden auf staatliche Fonds (Geschäftsbedürfnisfonds), bei Kommunalbehörden auf kommunale Fonds zu übernehmen. Erstreckt sich die Wirksamkeit eines Rates sowohl auf staatliche wie auf kommunale Behörden, so sind die Kosten angemessen zu verteilen.

2. Vor Auszahlung der Vergütung haben diejenigen lokalen Organisationen, welche den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat eingeleitet haben, die Legitimation des anfordernden Mitgliedes zu prüfen.

3. Im allgemeinen ist der entgangene Arbeitsverdienst zu vergüten. Hierzu tritt eine angemessene Aufwandsentschädigung und Ertrag der baren Auslagen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich um öffentliche Gelder handelt und daß mithin bei dem Ernst der Zeit mögliche Sparmaßnahmen getroffen sind.

4. Aus dem gleichen Grunde ist auf eine tunlichste Beschränkung der Zahl der Mitglieder eines jeden einzelnen Rates Bedacht zu nehmen.

Berlin, den 16. November 1918.

Preussische Regierung.

des Dirch. Ströbel. Dr. Süßbaum.

## Das Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

Ein vorläufiger Entwurf.

Der „Vorwärts“ hat bereits gemeldet, daß das neue Wahlgesetz im Entwurf fertiggestellt ist, daß aber Abänderungen natürlich noch möglich sind. Der Entwurf sieht, wie wir hören, Wahlkreise mit 150000 Einwohnern vor. Für das ganze Reichsgebiet wird die Verhältniswahl eingeführt in ähnlicher Weise, wie das vom Reichstag für einige Großstädte beschlossen war. Es soll also auch die Verbindung von Wahlvorschlägen möglich sein. Erziehung gibt es nicht mehr, beim Ausscheiden eines Mitgliedes rückt der nächste auf der Liste auf. Die Wählerlisten sind am 2. Januar auszuliegen. Einsprüche sind bis zum 11. anzubringen und bis zum 25. zu erledigen. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Militärpersonen, die im Januar heimkehren, soll eine besondere Verordnung ergehen. Die Wahlen sollen dann, wie schon gemeldet, am 2. Februar vorgenommen werden. Das Verfahren ist wie bei der Reichstagswahl, nur daß diesmal Männer von 20 bis 26 Jahren und Frauen über 20 Jahre mitwählen.

Für den Fall, daß Deutsch-Oesterreich den Eintritt in die Deutsche Republik wünscht, soll seinen Abgeordneten der Beitritt zur Nationalversammlung entsprechend den allgemeinen Regeln offenstehen. Eine Verzögerung der Wahl in Oesterreich soll das Recht der Beteiligung nicht aufheben.

## Deutschland darf kein Tollhaus werden!

Kautskys Warnung vor Sozialdiktatorismus.

In der „Freiheit“ schreibt Karl Kautsky: In Deutschland und Vögel alles für Nationalisiert erklären und dann hinterdrein drängen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heißt ein Uebergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht

mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt vorübergehend die Produktion zum Stocken bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Moment der Demobilisierung durchzuführen, oder auch nur fordern, böse Deutschland in ein Tollhaus verwandeln.

Kautsky als erfahrener marxistischer Volkswirtschaftler weiß sehr gut, daß man eine Wirtschaftsordnung nicht wie einen Handschuh umdrehen kann. Er hat den Mut, seinen Leuten zu sagen, daß der Weg zum vollen Sozialismus unendlich und schwierig ist und daß man von einem gestern gepflanzten Baum nicht heute schon reife Früchte erwarten darf. „Die Leipziger Volksgazette“ ist mit Haase, Dittmann und Barth sehr unzufrieden. Sie fragt sie drohend, ob sie mit dem Drängen der Rechtssozialisten nach der Konstituante einverstanden sind, spricht Schlotzweg von einer konterrevolutionären Regierung und erklärt: „Wenn die Berliner Regierung fortfährt, den Schwerpunkt der politischen Macht nach rechts zu verschieben, so müßte sie das revolutionäre Proletariat, sie zur Feindin der Revolution zu erklären und den schärfsten Kampf gegen sie aufnehmen.“

Diese Unentschiedenheit unter den Unabhängigen selbst ist im Interesse der allgemeinen sozialistischen Sache sehr zu bedauern. Jetzt kommt doch alles darauf an, die Reihen geschlossen zu halten, wie bei uns Sozialdemokraten allgemein anerkannt wird. Durch die Klassen geht ein Schrei nach Einheit, wer die hört oder nicht einhalten kann, kommt ganz gewiß unter die Räder!

## Zu den Vorgängen im Hause Scherl.

Sparrat im Lokal-Anzeiger.

Zu den Vorgängen im Scherl-Hause veröffentlicht der „Lokal-Anzeiger“ eine Zuschrift des Soldatenrats des Gardefüsilier-Regiments, in der ausgeführt wird: Am 11. d. M. erschien bei den Gardefüsilieren ein Zivilist, der um militärischen Schutz für den „Lokal-Anzeiger“ bat. Da der Stempel edit war (er war den Sparrat-Beuten am 9. in die Hände gefallen), wurde dem Ersuchen nachgegeben. Unterdessen warj sich ein hinzugekommener Deferteur zum Führer auf und verließ die Soldaten nach den Wünschen von Rosa Luxemburg und Dr. Meyer zu leiten. Diese empfingen die Soldaten im Hofe so, daß sie glaubten, sie seien Vertreter von Scherl. Nach Aufklärung dieses Jartums übernahm der eigentliche Wachhabende, Ulan Schroeder, wieder das Kommando, und es wurden wieder geordnete Verhältnisse hergestellt, nachdem auch noch der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats in diesem Sinne eingegriffen hatte, 7 Mann blieben als Schutzwache zurück.

## Die Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

Die bereits bekannte Vereinbarung zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden wird jetzt amtlich veröffentlicht mit folgendem Zusatz der Reichsleitung:

Dieser Vertrag veröffentlichten wir mit dem Erlaunen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das Gleiche empfohlen.

Austrub in Mülhausen. (Dollandisch Neuweltbüro.) Am 15. November morgens ist ein deutsches Flugzeug in den französischen Linien gelandet. Es brachte eine Gruppe von Bürgermeistern von Mülhausen, ein kanadisches Regiment dorthin zu schicken, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, da die Einwohnerchaft sich gegen die Deutschen in Austrub befindet.

Der Potsdamer A. u. S.-Rat hat bei der Reichsregierung beantragt, die Bildung eines Siebenerausschusses aus sämtlichen A- und S-Räten des Reiches durch beziehungsweise Wahlen der lokalen A- und S-Räte vorzunehmen. Inzwischen fordert der Potsdamer A- und S.-Rat alle lokalen A- und S-Räte Brandenburgs hiermit auf, nach Regierungsbefehlen sofort zusammenzutreten zur Wahl je dreier Delegierter.

Ein Fliegerdienst Berlin—Frankfurt a. M. ist vom Frankfurter A. u. S.-Rat eingerichtet worden. Die ersten Kuriers berichte, daß der Frankfurter Rat für Einheit und die Einberufung der Nationalversammlung eintrete. Der Flug dauerte 4 Stunden 25 Minuten.

Von der Parteipresse. Das „Hamburger Echo“ wird in Zukunft gleich dem „Vorwärts“ früh und abends erscheinen.

## Was bringt die Revolution der Baukunst?

Von Bruno Taut.

Was bringt die Revolution der Baukunst? Alles. Die Architektur wird von der Masse getragen, sie ruht auf den Schultern des Volksganges. Nur dann ist sie groß. Jetzt durchbebt die Masse ein großes Gefühl, dieses Gefühl ruft nach Gestalt und ist selbst Architektur. Auf breit ausladendem Fundament türmt sich ein herrlicher Bau in den Gemütern aller Menschen auf, er strebt zum Himmel: der Molooh Militarismus gestürzt und zertrümmert, die Bedrückten und Betrogenen befreit, alle ohne Rang und Klasse, nur Menschen, und die Menschen eins in der Menschheit.

Was in jedem einzelnen widerklingt und sich in der großen Einheit findet — es muß Gestalt und Ausdruck gewinnen in der Seele der Architekten. Es ruft: Aufbau! Nun trennt keine Kunst den früher traurig einsamen Künstler vom Volk, nun kann er leicht und frei schaffen, muß nicht mehr erfinden und komponieren, sondern sein Werk in Kristallisation der Empfindungen der Gemeinschaft. Die Architekten haben nun einen Boden, unser Werk wird die Menge hinreichend, ihre Seele beschwingen und voll Jubel erfüllen als Abbild und Zeichen der alle umfassenden Empfindung.

Die Architektur ist nichts ohne den breiten Boden der Masse. Deshalb war sie auch dardem so dürftig und jeder Anlauf brach matt zusammen. Jetzt aber darf sie wieder elementar und primitiv sein, kindlich und einfältig, schmucklos-leichter und voll Lebensfreude. Dardem war alles durchkreuzt von Nebenabsichten, jetzt wird es unmittelbar und hemmunglos sein. Was die Masse in großen Veranstaltungen vereint, in Feiern, sei es für Bestattungen, für Einigungsfeiern im Jubel über Erreichtes und noch Gewolltes oder große Volksaufführungen, — das wird nun Formen finden, die hinreichend, und der elementare Klang der Formen wird ein Widerhall der Massenseele sein, ein das andere beflügelnd.

Wahrheit ist schwer und trübe ist die Zukunft. Aber nicht schwer und trübe ist das, was in den Gemütern lebt. Die Anbetung des Materiellen ist vorbei und mit ihr die Heberhöhung des Materiellen. Wenn wir auch vorläufig erst und spärlich im Leuchten der Not des Tages dienen müssen, in der Ueberwindung der Wohnungsnot, im Bau von Kleinhäusern und im Besiedeln des freigewordenen Landes — es wird sachlich, better und lebensfröh geschehen, und um so leichter, je stärker der Architekt sich auf die Masse stützt und ihr auch das große Ideal gestalten kann.

Keineswegs sind es reiche Zeiten, die das größte Wollen haben. Der Ersättigte will nichts, aber der Unersättigte will nicht bloß Brot. Er will Brot und Frieden, und seinen Frieden sichtbar sehen. So wird uns die Zeit ihr Bestes bescheren, alle Gemüter bauen heute und aus ihren Seelen wird das Bauwerk heraufwachsend, das alle zusammenhält und allen Zeichen und Ziel ist. Das große Wollen hat Tragweite, so weit, daß es nicht drängt, seine Grenzen zu erleben. Ein großer Plan lebt, er wird in einem großen Bau Erfüllung finden, einem Volksbau auf freiem Lande, gebildet aus einer Gruppe von Bauten für Musik, Theater und Kultur; das Ganze ein Kulturbau, groß begonnen. Es kann so lange bis zur Vollendung dauern, daß wir sie vielleicht nicht mehr erleben. Er umfaßt mit seinen Flügeln alle Künste; Malerei und Plastik werden in ihm geborgen sein. Dann aber brauchen sie nicht mehr als aufgehängtes Tafelbild oder im Salon aufgestellte Plastik und in Speichern, die wir Museen nennen, ihr Leben zu fristen. Die Kunst ist dann etwas anderes als Genuß für den Reichen, nicht „Kaviar fürs Volk“. Sie ist das Volk selbst, sein Glück und sein Leben.

Das Volk wird seine Formen wollen, nicht die Formen, die auf Akademien gezüchtet sind. Die Akademien haben keinen Zusammenhang mit ihm und alle Stille. Paros, Renaissance, Gotik, Romanisch, werden dann ebenso zum alten Blunder geworfen wie die „modernen“ begrifflichen Abteilungen aus der Region der Poesie, Raumkunst, Heimatkunst usw. Die Dinge brauchen nichts zu repräsentieren, sie können einfach das sein, was sie sind. Die Kunst wird beglücken, braucht nichts nachzuahmen, weder im Vide die Natur noch im Bau die alte Zeit. Sie ist selbst Natur und kennt keine Schranken außer ihrer inneren Notwendigkeit. Dem Architekten stehen wieder alle Stoffe zur Verfügung. Das Schmutzgraue verjähmet, die Farbe leuchtet wieder an den Häusern wie in jeder guten Zeit, und das Glänzende, Funkelede ist nicht mehr verpönt. Das Glas erstrahlt und „nimt dem ganzen Bauwerk das Wasser einer Perle“ (Gaudel). Alle sind wir Bauende. Niemand fragt nach dem Architekten, er geht auf im Dienst des Ganzen wie der Priester im Dienst der Gottheit. So wollen wir Bauende der neuen reinen Kultur sein.

Das Volk wird seine Formen wollen, nicht die Formen, die auf Akademien gezüchtet sind. Die Akademien haben keinen Zusammenhang mit ihm und alle Stille. Paros, Renaissance, Gotik, Romanisch, werden dann ebenso zum alten Blunder geworfen wie die „modernen“ begrifflichen Abteilungen aus der Region der Poesie, Raumkunst, Heimatkunst usw. Die Dinge brauchen nichts zu repräsentieren, sie können einfach das sein, was sie sind. Die Kunst wird beglücken, braucht nichts nachzuahmen, weder im Vide die Natur noch im Bau die alte Zeit. Sie ist selbst Natur und kennt keine Schranken außer ihrer inneren Notwendigkeit. Dem Architekten stehen wieder alle Stoffe zur Verfügung. Das Schmutzgraue verjähmet, die Farbe leuchtet wieder an den Häusern wie in jeder guten Zeit, und das Glänzende, Funkelede ist nicht mehr verpönt. Das Glas erstrahlt und „nimt dem ganzen Bauwerk das Wasser einer Perle“ (Gaudel). Alle sind wir Bauende. Niemand fragt nach dem Architekten, er geht auf im Dienst des Ganzen wie der Priester im Dienst der Gottheit. So wollen wir Bauende der neuen reinen Kultur sein.

## Kleines Theater: „Adam, Eva und die Schlange“, von Paul Eger.

Die Weltgeschichte ist im Aufruhr. Die Menschheit hat den furchtbarsten Krieg erlebt, und sah ihn in dem Sonnenaufgang einer von keinem historischen Zeichenbeut vorausgesehenen Revolution, die die letzte absolutistische Regierung auf europäischem Boden wegjagte und die Banner des Sozialismus entrollte, endigen.

\*) Dieser Gedanke ist in einem Buche des Verfassers mit dem Titel „Die Stadtkrone“ mit Beiträgen von Paul Scheerbar, Erich Baron und Adolf Behne, das demnächst bei Eugen Diederichs erscheint, in allen Beispielen und neuen Vorschlägen näher ausgeführt.

Doch in der Welt des Dramas, von dem der größte Dramendichter sagte, daß es berufen sei, dem Jahrhundert den Spiegel vorzuhalten, läßt sich von einem Umsturz der überkommenen und erstarrten Konventionen kaum noch ein Hauch verspüren. Die alle Tiefen und Empfindungen des Denkens auswählende Menschheitstragik, aus deren Chaos nun endlich wieder eine neue Hoffnung aufricht, war auf den Brettern, die die Welt bedeuten, von einer Tageproduktion begleitet, welche sich in Nichtigkeiten wechselweis zu überdienen trachtete. Die erste Keimzelle, die nach dem Tag der großen, nebenher auch die schmächtige Kinderstube-Initiation der Volleigenen zermalmenen Umwälzung über die Szene einer hauptstädtischen Bühne geht, spinnt jenen würben Baden mit selbstgefalligen Behagen und ungewöhnlich argem Rangel an Geschick weiter fort.

Einer der abgebrauchtesten Tricks, mit welchem die üblichen Komödienfabrikanten ihre Marionetten in Bewegung setzen — das Kunststück, reiche Tageliebe, die ihren Lebensabend des Amüsaments bei anderen Damen suchen, durch die Erregung von ein bißchen Eifersucht auf die Idee zu bringen, es wieder mal bei ihren eigenen Frauen zu probieren — wird da zur Abwechslung unter Heranziehung eines indisch inkarnierten Hausfreundes aufgewärmt. Dieser Herr, der, weil er nicht genügend Chancen hat, von der betreffenden Frau Baronin geliebt zu werden, ihr zu einer glücklichen Ehe mit dem durchgänglichen Gemahl werbeln möchte, ist im Besitze einer solchen geistigen Wundermacht, daß er dem Eingekerkelten eine Ehebruchs- und Schicksalsgeschichte vorführt, die dieser Zug um Zug im Traume miterlebt. Natürlich mit dem gewünschten glücklichen Effekte. Die naive Unverschämtheit der Zumutungen, nach der Denker: Keim dich oder ich, dich, ging so weit, daß die verdurhten Oderer im Mittelakt sich mit einem kleinen Theaterkandal auf machten.

Die Rollen hatte der Autor entsprechend dürftig bedacht. Herrs Junker mann bot sich keine Gelegenheit, seine drollige Komik zu entfalten, und auch die Mühe, die Paul Wildi sich gab, dem Indier durch eine orientalische Weisheit des Tones und der Haltung ein wenig zu individualisieren, war bei der völligen Verächlichkeit dieser Figur ergebnislos.

Notizen.

Theater. In den Kammerbühnen des Deutschen Theaters findet am nächsten Freitag die erste öffentliche Aufführung des Dramas „Der Sohn“ von Walter Hasenclever statt. Die Aufführung war bisher von der Zensur verboten.

Die Zentralkasse „Oesterreich“, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, im Rheingold eine Versammlung in der Heinrich Ströbel, Vorsitzender des preussischen Komitees, spricht. Karten zu 20 Pf. bei Jocke, Potsdamer Platz, Wilhelmstraße.



# Gewerkschaftsbewegung

## Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie Groß-Berlin!

Nach der Bekanntmachung des Volksgesetzes betr. die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben machen wir darauf aufmerksam, daß jede Forderung wirtschaftlicher Art erst nach vorheriger Verständigung mit der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Angriff genommen werden darf.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, Cöpen.

### Revolution und Handlungsgehilfen

lautet das Thema einer Versammlung, die von der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, dem katholischen Verband der weiblichen kaufmännischen Angestellten und Beamtinnen Deutschlands und dem kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte E. V. zum Montag, den 18. November, abends 7 1/2 Uhr, nach dem Deutschen Hof, Ludauer Str. 15, einberufen ist.

# Groß-Berlin

## Die Versammlungen am Sonntag.

Die volle Versammlungsfreiheit der Revolution hat das politische und gewerkschaftliche Leben mächtig aufgerüttelt. Es gab auf den Straßen zahlreiche Aufzüge von Soldaten, rote Fahnen und Regimentsfahnen voran. In den Sälen versammelten sich Arbeiter und Angestellte aller Art zu Kundgebungen und Wahlen. Neue politische Vereinigungen wurden Mitglieder. Wir greifen aus der Ueberfülle das Folgende heraus:

### Die Post- und Telegraphenbeamten

versammelten sich in drei Sälen. Ein Spezialdeputierter fand Abrechnung. Generalsekretär Remmers berichtete über ein Gespräch mit Genossen Ebert, der ihm versichert hatte, die Regierung werde die erworbenen Rechte der Beamten achten. Remmers forderte einen einheitlichen Gewerkschaftsverband, der 2 Millionen Beamte umfassen würde. Genosse Wittmann sagte den Beamten die Berücksichtigung ihrer gerechten Wünsche zu.

### Die Angestellten

traten im Rikus-Busch zusammen. Dieser war überfüllt, so daß eine zweite Versammlung unter freiem Himmel stattfinden mußte. Es sprachen Aufhäuser, Weiser, Krüger, Fritz Schmidt vom Zentralverband u. a. Bundesratler Marx leitete. Präsident Nitsch berichtete über die Bewegung der Schauspielerei. Eduard Bernheim sagte, daß die Angestellten vielleicht einmal berufen seien, die Leistung der Unternehmungen in die Hand zu nehmen. Eine Entschiedenheit wurde angenommen, in der es heißt, daß der Platz der Angestellten an der Seite der Arbeiter sei. Die Angestellten wollten keine Vorrechte vor anderen Ständen, erwarten aber von der Volksherrschaft, daß den Kopiarbeitern dieselbe Förderung gewährt wird wie allen arbeitenden Schichten. Sie fordern dringlich für die Uebergangszeit das Recht auf Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, Arbeitsbeschaffung, öffentlich-rechtliche Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage, reichsrechtliche Arbeitslosenunterstützung und Schutz vor Gebotskündigungen und Massenentlassungen. Nur die kommende Friedenszeit Schutz und Ausbau des Realisationsrechts, Verbot der Konkurrenzkaufel, Bestrafung von Geheimabkommen der Arbeitgeber, Schaffung einer gesetzlichen Interessvertretung, lebenslängliche Höchsttarifbindung, vollständige Sonntagruhe, Sühnenstrafmaßnahme, freien Wochenurlaub und Genennung von Handels- und Vertriebsinspektoren.

### Die Lehrer

traten in der Singakademie. Lehrer Less sprach über die Einheitschule.

### Die Journalisten

wählten im Darmontumsaal den Schriftsteller Marx als ihren Stellvertreter den Chef der Reichsanzeiger Genossen Kurt Waack in den Arbeiter- und Soldatenrat. Hermann Sudermann forderte gemeinsames Vorgehen mit den Bühnenschriftstellern. Es wurde ein neuorganisierter Journalistenrat gewählt. Verschiedene Redner sprachen für Umbau der bestehenden Organisationen auf gewerkschaftlicher Grundlage.

### Die Eisenbahnbeamten

wählten zwei Mitglieder zum Arbeiter- und Soldatenrat und erlaubten die Agitation, ihnen Vorschläge zu geben, durch unversöhnlich zu wählende Beamtenausschüsse an der Regelung ihrer Dienst-, Besoldungs- und Rechtsverhältnisse mitzuwirken.

### Die Deutsch-Oesterreicher Groß-Berlins

demotrierten in einer Versammlung, in der Prof. Dietrich und St. Grahmann sprachen, für das Recht Deutsch-Oesterreicher auf Selbstbestimmung und für den Anschluß an Deutschland.

**Bühnenleiter und Bühnengehörige.** Aus der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen wird uns geschrieben: Die Verhandlungen des Vertrauensmännerausschusses der Berliner Bühnengehörigen mit dem Verband der Berliner Bühnenleiter sind leider gescheitert. Trotz unseres Entgegenkommens sind unsere Forderungen von den Bühnenleitern nicht erfüllt worden. Sie haben uns zwar unzulängliche Zugeständnisse gemacht, dafür aber neue drückende Bestimmungen uns auferlegen wollen. Es findet daher am Mittwoch, den 20. November, vorm. 11 Uhr, im Volkshausaal der Philharmonie eine Versammlung aller Bühnengehörigen Groß-Berlins statt, in der über die weitestgehenden Maßnahmen Beschlüsse gefaßt wird.

Der Verband der Berliner Bühnenleiter hat in dem schockierenden Konflikt zwischen Bühnenleitern und Bühnengehörigen sich an den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn gewandt mit dem Ersuchen, ihm seine Auffassung in dieser Angelegenheit bekannt zu geben. Der Verband hat daraufhin heute das folgende Schreiben erhalten:

„Angesichts der hohen Kulturaufgabe des Theaters hatte ich es für dringend erwünscht, daß die Vorstellungen keine Unterbrechungen und Störungen erleiden und Theaterleiter und Bühnengehörige es sich angelegen sein lassen, im beiderseitigen Entgegenkommen für eine geordnete, den berechtigten Ansprüchen der Angestellten genügende Grundlage zur Weiterführung der Unternehmungen zu suchen und zu finden. — In diesem Besatze erscheint es mir in erster Linie erforderlich, die Lebensbedingungen der geringst besoldeten Bühnengehörigen zufriedenstellend zu gestalten, und ich glaube, daß die Forderung einer Mindestlohn von 800 M. monatlich, mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober ab, durchaus berechtigt ist. Hinsichtlich aller anderen Punkte dürfte es sich empfehlen, die bestehenden Gegensätze zwischen den Forderungen der Angestellten und den Zugeständnissen der Direktoren im Wege des Ausgleichs zu erledigen. Bei gegenseitigem guten Willen dürfte eine Einigung un schwer zu erzielen sein.“

Vom Verband der Berliner Bühnenleiter wird uns hierzu mitgeteilt: „Dieser Bescheid erfolgte, bevor noch der Polizeipräsident die letzten, nach gewissenhaftester Prüfung gemachten Zugeständnisse der Bühnenleiter konnte, nach denen, außer der Festsetzung einer monatlichen Mindestlohn von 850 M., eine bedeutende Steigerung aller Gehälter bis zu 15 000 M. zugestimmt wurde. Außerdem haben sich die Bühnenleiter bereit erklärt, alle Differenzen, welche zwischen der Friebsgenosse und den neu vereinbarten Kriegs-

bedingen entstehenden, auszugleichen, obwohl eine Verpflichtung hierzu nicht besteht. Die Genossenschaft hat diese Zugeständnisse als unzulänglich abgelehnt mit der Erklärung, daß sie an neue, drückende Bedingungen geknüpft seien! Die einzige von den Bühnenleitern gestellte Bedingung besteht darin, daß ihre Mitglieder in Zukunft während der Dauer ihrer Tätigkeit nicht streiken, damit Proben und Vorstellungen unbehindert werden. Diese Forderung mußte gestellt werden, weil nach den übereinstimmenden Erklärungen aller Bühnenleiter infolge des Stillstandes der Betrieb ihrer Theater in Frage gestellt und ihre künstlerische Arbeit und Aufgabe aufs äußerste gefährdet werden ist.“

Der geschäftliche Leiter der Volkshäuser (Theater am Bülowplatz) erklärt, daß diese Bühne für sich nicht in der Lage wäre, die von den übrigen Bühnenleitern angenommenen Forderungen wegen der Höhe der Zugeständnisse zu erfüllen.

### An die wachhabenden Soldaten Berlins!

Eine einheitliche Regelung des Wachtendienstes in Berlin ist im Interesse der Ruhe und Ordnung dringend notwendig. Sämtliche Wachen, die bereits in Berlin bestehen (auf Anfordern von Behörden und öffentlichen Gebäuden), wollen daher unverzüglich bei der Kommandantur schriftliche Anmeldung über Stärke und Zweck einreichen.

Der Erste Kommandant Otto Weiss, R. A. R.

### An die Soldaten des Sicherheitsdienstes.

Sämtliche Soldaten, die im Sicherheitsdienst des Volksempfindens tätig sind, werden verpflichtet, sich Montag, den 18. November 1918, mittags pünktlich 12 Uhr, im Volksempfindensamt (Nichtamt) einzufinden, auch sämtliche Revolverwachen und Posten ohne Ausnahme. Es sind mitzubringen: politische Anmeldung, Anwartschleife oder Militärpassierscheit sowie sämtliche Waffen und Armbinden.

Diese Zusammenkunft hat den Zweck, die Sicherheits-truppen einzuteilen, die Wohnungs-, Verpflegungs- und Verkleidungsfrage zu regeln. Wer dauernd in dem Sicherheitsdienst des Volksempfindens bleiben will, muß erscheinen. Das Kommando des Sicherheitsdienstes im Volksempfindensamt.

# Parteilosen! Nützt die Zeit! Werbet Mitglieder für die Sozialdemokratische Partei!

Aufnahmescheine sind in allen Zahlstellen und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3 in Empfang zu nehmen.

### Die Ernährung der zurückkehrenden Soldaten.

Um die Ernährung der in Berlin ankommenden Truppen sicherzustellen, hat der Bevölkerungsausschuss für das Ernährungswesen, Staatssekretär Baum, Vereinbarungen mit dem Lebensmittelverband Groß-Berlin und der Intendantur des Gardelcorps dahin getroffen, daß die hier ankommenden Soldaten Unterhalt und Verpflegung erhalten und ferner vereinbart, daß an die hier ausbegehren Gebieten eintreffende Zivilbevölkerung durch das Rote Kreuz sowie den Vaterländischen Frauenverein auf den Bahnhöfen Berlin eine warme Mahlzeit verabfolgt wird. Die Bahnstation der Kriegsmatthe in den Wachen übernimmt die Unterbringung der Obdachlosen. Entsprechende Anordnungen für das Reich sind in Vorbereitung und erfolgen baldmöglichst.

### Eine Erklärung der Gardemajorschützen.

Die am 16. November in den Germania-Sälen, Berlin, stattgehabte Versammlung von circa 4000 aktiven Unteroffizieren des Gardekorps, III. Armee-Korps, und künftlicher im Bereiche Groß-Berlins befindlichen militärischen Dienststellen hat nach Erörterungen von Grundsatzfragen den Beschluß gefaßt, daß eine Abordnung der Reichsleitung erklären soll: Die Vereinigung der genannten Berufsgruppen begründet die politische Freiheit stellt sich den bestehenden Organisationen zur Ausweitung der Freiheit und Ordnung sofort mit allen Kräften zur Verfügung und gelobe der neuen Regierung, sie bei dem Ausbau des Staates tatkräftig zu unterstützen.“ Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Regierung sie in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen und beim Uebertritt in den Zivilberuf in ihren bisherigen Rechten sichern und verbessern.

**Auskunft über das Waffenstillstandsabkommen.** Die Regierung gibt im Interesse der Einheit und der Durchführung des Waffenstillstandsabkommens bekannt, daß Verdrben und Private Auskunft über den Inhalt des Waffenstillstandsabkommens bei dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, Ludwiger Straße 14, erhalten können.

Der jungdemokratische Anschlag, dem die Organisierung einer bürgerlich-demokratischen Partei obliegt, veranlaßte am Sonntag eine Versammlung im Lehrervereinshaus. Der große Saal war vollständig gefüllt. Eine Reihe von Rednern kam zum Wort. Sie betonten, das liberale Bürgertum müsse sich endlich auf sich selbst besinnen und zur Vertretung seiner politischen Ansichten sowohl nach rechts wie nach links Stellung nehmen. Alle Redner traten mit Entschiedenheit für die demokratische Republik ein, aber über das, was in sozialer Hinsicht werden soll, waren die Meinungen durchaus von bürgerlichen Anschauungen getrennt. So will Fränkel, der sich als Vertreterin der Angestellten ausgab, diese als neuen Mittelstand erhalten wissen. Sie warnen vor einer Verleumdung der Angestellten. Friedrich Raumann hält die Verwirklichung sozialistischer Forderungen in gewisser Nähe für unvermeidlich, andererseits genügt ihm aber eine „Parlamentarische der Industrie“, das ist ein Mißverständnis der Arbeiter in den Betrieben. Im übrigen hält Raumann eine Bekämpfung des drohenden Volkswirtschafts für notwendig, doch dürfe man dabei nicht bis zur Verteidigung des Gewesenen gehen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung stellt sich auf den Boden des durch die Revolution geschaffenen deutschen republikanischen Volkswirtschaft. Sie steht auf dem Standpunkt der vollen Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, des Verfalls und des Glaubens. Nur auf der Grundlage einer solchen Gleichberechtigung aller kann eine wahre Demokratie entstehen. Die Versammlung lehnt alle Bestimmungen ab, die die Rechte der Arbeiter, die eine Klasse bevorzugen wollen und fordert die volle Souveränität des ganzen Volkes. Diese kann nur zum Ausdruck kommen durch die Wahl einer Nationalversammlung auf breiter demokratischer Grundlage. Die Wahl einer solchen Volksvertretung ist die erste und dornigste Aufgabe der Gegenwart. Nur eine berechtigte Vertretung des ganzen Volkes darf über die Gestaltung der deutschen Zukunft entscheiden.“

### Jugendversammlungen.

Das Thema einer vom Verein „Arbeiterjugend Groß-Berlin“ zum Sonntag nach den „Sophienhöfen“ einberufenen Versammlung für Jugendliche aller Richtungen lautete: „Das Gebot der Stunde.“ Die Versammlung war so stark besucht, daß auch nach im Reinen der Referent, Redakteur Vartz vom „Vorwärts“, ungeklärt zur Frage des Tages sprechen konnte, welche im großen Saal schon gleich beim Beginn der Ausführungen des Genossen Heilmann eine starke

Opposition ein, die von Anhängern der Unabhängigen und der Spachtelgruppe abging und sich während der ganzen Rede in dauernden Unterbrechungen geltend machte. Heilmann parierte alle Zwischenrufe witzig und schlagfertig und ließ seine Rede mit dem Ausspruch in eine freie und schöne Zukunft. Ein großer Teil der Anwesenden spendete ihm starken Beifall. In der Diskussion kamen sodann die Opponenten ausgiebig zu Wort, und es folgten die bekannten Anschuldigungen gegen die Regierungspolitiker und den „Vorwärts“, gegen welche Vorwürfe wiederum die Anhänger der Unabhängigen und Arbeiterjugend sich energisch zur Wehr setzten. Rechtsanwält Groß wandte sich auch gegen Heilmann und die Unabhängigen, so daß ihm Heilmann erwiderte: „Sie haben ja vorerst noch an der „J. A.“ mitgearbeitet, ich habe jetzt noch einen Artikel von Ihnen liegen, der sich gegen den „Vorwärts“ richtet, weil er Ihnen zu totalit schrie, und nun sind Sie bei den Unabhängigen.“ In der Versammlung des Genossen Vartz gezeichnete die Diskussion der „Freien“ durch besondere Beharrlichkeit und Ansehnlichkeit. Sie proklamierten ihren Kampf gegen die Einberufung der Nationalversammlung, forderten aber das Wahlrecht dazu für alle Minderjährigen. Sie wollten keine Nationalversammlung, sondern (denen) nur den Arbeiter- und Soldatenrat ihr Vertrauen (diese Mäße aber fordern die baldige Einberufung der Nationalversammlung). Sie wollten keine Nationalversammlung, sondern wollen die Entscheidung über die künftige Staatsform in die Hände des Volkes legen. Was wollen Sie nun? Hier ist jedenfalls für Sie ein Stoff, an dem sich Ihre Denker noch weiter zu üben haben wird. Und Kritik ist eine sehr verantwortungsvolle Arbeit im Dienst der Wahrheit. Jetzt wurde eine Resolution der „Freien Jugend“ angenommen.

### Volkshilfe.

Meist als sonst bemühten sich in letzter Zeit die Agenden der proletarischen Hilfsvereine, in den Kreisen der Arbeiterklasse Verfassungen abzuschließen. Unter Vorbehaltung falscher Tatsachen und Mißbrauch des Namens der von den Deutschen freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften gegründeten Volkshilfe gelang es ihnen auch, Versicherungen abzuschließen. Organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen versichern sich und ihre Angehörigen auf jeden Fall nur bei der Volkshilfe, angefangen am 1. unter Auszahlung jeder Erwerbsleistung den Versicherer die Versicherung zum Selbstkostenpreis liefert. Aufnehmen nehmen alle Vertrauenspersonen der Gewerkschaften sowie die Vertrauensstellen der Konsumgenossenschaft entgegen. Die Arbeiter der Volkshilfe versammeln sich am Dienstag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr im Saale des Gewerkschaftsaales, Engelstraße 18, zwecks Entgegennahme weiterer Institutionen.

Die gesamte Berliner Lehrerschaft, die nach Feststellung 8100 Personen umfaßt, wählte gestern in einer über 2000 Personen starken Versammlung zum Arbeiter- und Soldatenrat: Direktor Dr. Arthur Dudenau, Lehrer W. Hügel, Lehrer G. Neugeb, Rektor H. Rehbahn, Lehrerin Fräulein Gertraud Kunze, Lehrerin Fräulein Margarete Feist, Fortbildungsschulleiterin Elisabeth Voar, Hochlehrerin Rudolphin Louise Brinmann. Die 1000 Mitglieder der Berliner Lehrerschaft wählten einen Vertreter. Die Versammlung wählte es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für ihre Pflicht, angesichts der schweren Lage des Vaterlandes alle Kräfte in den Dienst des Gemeinwohl zu stellen.“ Außerdem stimmte sie der Vorgründung eines Arbeitersaules des Reiches der gesamten Berliner Lehrerschaft zu, in den jede Organisation auf je 1000 Mitglieder einen Vertrauensmann entsendet.

Wändernde Russen wurden in der Umgebung des Schiffsdenkmal festgenommen. Dort war am Sonntag nachmittag ein Transport von 800 russischen Kriegsgefangenen angekommen, um von hier aus weiter befördert zu werden. Das Transportkommando erfuhr sich jedoch von den Besatzungen. Eine größere Anzahl von ihnen machte sich diese Gelegenheit zunutze. Sie suchten Geschäfte verschiedener Art auf, angeblich um einzukaufen. Eine ganze Reihe von Geschäften wurde von ihnen beschlagnahmt. Der Leiter des Sicherheitsdienstes erfuhr sofort eine Abordnung, der es gelang, 15 der Russen einzufangen. Sie wurden in das Militär-gewandhaus eingeliefert.

Eine erschütternde Tragödie spielte sich gestern nachmittag auf einem Schiffsahn am Schiffsdenkmal ab. Dort liegt an der Spitze der Decksbrücke der Schiffsingenieur Krüger mit seinem Sohn. Auf diesen besaß ihn gestern nachmittag sein 24 Jahre alter Sohn Rudolf, der als Soldat auf Urlaub weilte. Inher Vater und Sohn waren die Mutter und die Braut des jungen Mannes anwesend. Das Brautpaar ariet im Laufe des Gesprächs in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf der junge Mann seinen Karabiner, den er noch besaß, zur Hand nahm. Als nun die Mutter zwischen die Streitenden trat, ließ der Sohn den Karabiner so heftig auf den Boden werfen, daß sich dieser entzünd und die Äugel der Mutter von unten in den Kopf drang. Das Geschick der Mutter die untere Gesichtshälfte weg und verlor sie so schwer, daß sie bald darauf verstarb. Der Sohn wurde, als er das Unheil sah, vom Schmerz so übermächtig, daß er völlig zusammenbrach und sich sofort der Polizei zur Verfügung stellte. Gänzlich erschrickt und aufgedrückt wurde er von dieser in Gewandhaus genommen. Die Leiche der 24 Jahre alten Frau Krüger, achterne Schulz, wurde beklaglos und nach dem Schuttsaale gebracht.

### „Ebartafel in Spandan.“

In der so beliebten Kofe in Nr. 515 des „Vorwärts“ erhalten wir folgenden Bericht: Eine stürmische Rederversammlung des Spandauer Soldatenrates fand gestern abend im Spandauer Rathaus statt. Die Mißbilligung der Soldaten gegen die zersetzende Wirkung von Disziplin kam sehr stark zum Ausdruck. Man war der allgemeinen Auffassung, daß eine freiwillige Disziplin bei den Truppen notwendig ist, um den Sicherheitsdienst in der Stadt und für alle technischen Institute aufrechtzuerhalten. Durch Nebenbestimmter Art wird die Ruhe und Sicherheit sehr in Frage gestellt. Die Soldaten wenden sich mit aller Entschiedenheit auch gegen die Tätigkeit des Stadtkommandanten und verlangen eine Erklärung, ob der Vorstand des Spandauer Soldatenrates auf dem Boden der Regierung Ebert-Daase feste oder nicht. Auf wiederholtes Drängen gab dem ein Vertrauensmitglied des Spandauer Soldatenrates die Erklärung ab, daß er auf dem Boden der Regierung Ebert-Daase feste. Ein Antrag, dem Vorstand des weiteren Vertrauens der Versammlung auszusprechen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine Neuwahl des Spandauer Soldatenrates wird wohl in der nächsten Vollversammlung des Spandauer Soldatenrates stattfinden.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

## Mitgliederversammlungen der Sozialdemokratischen Partei in Berlin

am Dienstag, den 19. November, abends 8 Uhr, in folgenden Sälen: Geyerlands Hof, Neue Friedrichstr. 25, Germania-Haus, Engelstraße 15, Heders Vereinshaus, Ecke Spreiner- und Samariterstraße, Reichensberger Hof, Reichensberger Straße 147, Germania-Haus, Wilmersstr. 67, Klein-Germania-Haus, Eichenstraße 11, Wernsdorfer Hof, Eichenstr. 67, Italien-Haus, Weißboller Str. 221/223, Wilmers Hof, Schwabstr. 22/24, Franke Hof, Wilmersstr. 10, Pharus-Haus, Müllerstr. 142.

Tagesordnung: Deutschland in der Revolution. Redner: Doyatz, Baumhler, Brückner, Franke, Gehsch, Hauser, Hingeler, Lorenz, F. Krus, Pösch, Tuschak.

Aufnahmen in die Sozialdemokratische Partei werden in den Versammlungen vollzogen. Die Verbände.

Verantwortlich für Berlin: Fritz Sauter, Berlin; für den größten Teil des Reiches: Walter Schulz, Berlin; für den westlichen Teil: Berlin: Verlag Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag, Berlin.



